

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Venhöfer.
Für die Inserate verantwortlich:
Arthur Knüpfer.
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag
Gebrüder Beuthner
(Int.: Paul Beuthner)
in Aue.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 20 Pf. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 20 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierjährlich 150 Mf. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierjährlich 1,92 Mf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungs-katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Ausnahme von Anzeigen bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Tagen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.

Inserationspreis: Die hebogenförmige Körperszelle oder deren Raum 10 Pf., Restfläche 25 Pf.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfaßt 6 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Die österreichischen Postbeamten haben für heute früh 6 Uhr den Beginn des passiven Widerstands festgesetzt.*

Der Braunschweigische Regierungsrat soll beschließen, die Thronfolge nunmehr an den Bundesrat zu bringen.

In Südwafrika sollen nun auch die Versabotuoten und die Isaklente aufständisch werden — so erwähnt eine Berliner Zeitung, jedenfalls um für Beschleunigung der Bahlinie Kubuk-Hetmannskov-Stellung zu machen.*

Eine neue japanische Schiffschaftsgesellschaft mit 40 Millionen Mark Kapital will regelmäßige Linien im großen Ozean einrichten.

Gestern Abend ist am Vesuv ein neuer Krater entstanden, der mit Asche und Regen verbunden war.*

Der französische Ministerpräsident Clemenceau glaubt, daß man seinen Sturz vorbereitet.

* Näheres siehe unten.

Neueres Geld.

Die Börse ist bekanntlich der Gradmesser des finanziellen Bedürfnisses eines Staates. Dieser Gradmesser ist natürlich infolge der Spekulation großen Schwankungen unterworfen, und auch die Politik bewegt seine Nadel bald auf bald ab. Unbedingt ist also diesem Gradmesser nicht zu trauen, aber in der Regel zeigt er ziemlich sicher. Und jetzt zeigt er auf Tenerung. Das Bargeld ist rarer denn je geworden. Und wenn die Börse das noch nicht gesagt hat, dem ergibt es deutlich genug die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 7 und des Lombardzinofus auf 8 Prozent. Diese Erhöhung hat in der deutschen Finanzwelt wie ein furchtbare Schlag gewirkt, die privaten Banken sind sofort ebenfalls mit dem Diskont in die Höhe geschossen, und so ist das Bargeld unendlich rar geworden, für manchen kleineren Mann überhaupt nicht mehr zu beschaffen.

Dieses Ereignis, das mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des deutschen Reiches auf engste zusammenhangt, weckt einige Erinnerungen an frühere Zeiten. Insbesondere an das Jahr 1899, da sich ganz die gleiche Geschichte vollzog. Auch damals schnelle der Bankdiskont plötzlich in die Höhe. Damals betrachtete man als Grund hierfür in erster Linie die Folgen des Burenkrieges. England zog seine Gelder ein, die es selber brauchte, und erhöhte zugleich den Zinsfuß. Man nahm in deutschen Finanzkreisen die Sache gar nicht so tragisch. Man spekulierte

tubig weiter, und dann kam der große Crash, dessen Nachwirkungen noch kaum verdrängt sind. Die Unglückspropheten hatten man verachtet, aber das Lachen war bald vertreten. Als Folge des Crashes kam die wirtschaftliche Depression, und da allerdings wurde das Bargeld wieder billiger, aber es half zunächst nicht viel.

Heute nun liegt kein unmittelbarer äußerer Anlaß für die Erhöhung des Diskonts vor; sie ist begründet in rein wirtschaftlichen Ursachen. Der kolossale Aufschwung, den unsere Industrie in den letzten zwei Jahren genommen hat, kostet natürlich viel Geld. Dazu kam, daß die Löhne eine bedeutende Erhöhung erfuhren und das außerdem mit dem Aufschwung des neuen Zolltarifs jene Teuerung der Lebensmittel eingeleitet wurde, die heute eine erschreckende Höhe angenommen hat. Auch die Konsolidation des Kapitals in Kleinunternehmungen hat das dazu beigetragen, den Geldmarkt zu erschüttern, und nun — was wird geschehen? Erleben wir einen neuen Menschenkrieg, oder werden sich die Verhältnisse von selber wieder sanieren? Es ist schwer, hier Prognosierungen aufzustellen, vorauszagen kann man gar nichts. Nur muß betont werden, daß die Spekulation doch durch die bitteren Erfahrungen vor sieben Jahren bedeutend vorsichtiger gemacht wurde, und wenn das saule Gründertum auch heute noch in einer gewissen Blüte steht und gerade anfangen sollte, sich schärfer zu betätigen, so sind im allgemeinen die finanziellen Verhältnisse doch lange nicht so im Argen, wie vor sieben Jahren.

Aber die mittleren Leute, die auf den Bankkredit angewiesen sind, werden das gegenwärtige Verhältnis sehr schwer empfinden, überhaupt kann der Rückslag auf unser öffentliches Leben nicht ausbleiben. Denn je höher der Zinsfuß für tägliches Geld ist, desto mehr muß aus den Unternehmungen herausgezogen werden, wenn sie rentieren sollen. Das werden die Arbeiter sehr bald empfinden, und die allgemeine Teuerung wird noch eine wesentliche Verschärfung dadurch erfahren, daß auf die Löhne wohl oder übel gebracht werden muß. Jetzt hat der Reichsbankpräsident Dr. Koch, einer unserer erfahrenen Volkswirtschaftler, in der Begründung dieser Maßnahme der Reichsbank die Hoffnung ausgesprochen, daß der Zinsfuß bis Mitte Januar ungeschränkt wieder herabgesetzt werden kann, aber mit wollen das doch lieber erleben, als uns unbedingt auf diese Worte verlassen, trotzdem sie aus dem Mund eines Fachmannes kommen.

Aber jedesfalls ist das Eine tödlicher: wenn der höhere Diskontsatz mehr als ein halbes Jahr bestehen bleibt, dann wird eine Reihe von industriellen und Handelsunternehmungen vom deutschen Boden verschwinden. Wenn es sich dabei nur um saule Gründungen handelt, wäre das zu ertragen, denn Leute, die ihr Geld in saule Gründungen stecken, sind in der Regel betroffene Betrüger, denen ganz recht geschieht. Aber auch besser fundierte Unternehmungen müssen zu Grunde gehen, wenn ihnen der Lebensnerv durch die Erhöhung des Zinsfußes auf tägliches Geld abgeschnitten bleibt, besonders jüngere Unternehmungen, die wohl anspruchsvoll, aber noch nicht gesetzigt sind. Das ist natürlich im hohen Maße zu bedauern, aber die Reichsbank kann dafür auch nicht haftbar gemacht werden. Sie hat sich eben schon zu viel Metall entziehen lassen, und muß nun auf sich selber schen. Wer aber ist Schuld an diesem ungünstigen Verhältnis, an dieser traurigen Finanzlage?

Das politische Jahr 1906.

(Nachdruck verboten.)

Wenn wir am Ende des vorigen Jahres mit einigermaßen gemischten Gefühlen dem schwindenden Unglücksjahr 1905 nachsäumen, so können wir diesem Jahre der anhaltenden Spannung 1906 auch gerade keine Segenswünsche widmen. Freilich wollen wir gern zugeben, daß unsere Lage, namentlich die außenpolitische, gegen das Vorjahr sich ganz wesentlich verbessert hat. Trotzdem ist Deutschland nach wie vor genötigt, auf den Posten zu sein. Ist das unsere Schuld allein? Wir glauben nicht, denn kein Jahr war vielleicht mehr prädestiniert, ein Jahr des Friedens zu werden, wie 1906. Standen wir doch schon zu seinem Beginn noch unmittelbar unter dem Eindruck jener Worte, die der Kaiser zu dem französischen Militärratsch in Berlin getan hatte, und die der Temps der Desseßlichkeit zugänglich machte. Der Kaiser hatte seine Friedensliebe betont, da der Krieg ihm unvereinbar mit seinen Pflichten gegen Gott und das Volk erschien. Und diese Worte haben sich wie ein harter Haken durch unsere ganze politische Geschichte gezogen, bis sie anlässlich der Wieder-aufnahme der Reichstagssitzungen im November d. J. in anderer Form aber in gleichem Sinne vom Reichskanzler nochmals in die Welt hinausgesprochen wurden.

War somit die Tendenz unserer deutschen Politik die alte-währenden friedliche Richtung nach außen wie nach innen, so muß doch andererseits gestanden werden, daß die Wege, welche die Regierung wandte, um dieser Tendenz Ausdruck zu verleihen, nicht immer die richtigen waren. Wir wollten nur auf unsere Haltung gegen Italien und Österreich-Ungarn beim Echo von der Algeciras-Konferenz verweisen und zweitens an die Fleischnot und die Podbielski-Frage

erinnern. So ist es gekommen, daß weite Kreise unseres Volkes den Weg der Regierung nicht folgen konnten, und das Schreckensgespenst der Reichsverdrossenheit begann bereits bei Tage umzugehen. Glücklicherweise wird es auf ewige Zeiten ein Gespenst bleiben, das nur schreckliche Gemüter zu beunruhigen in der Lage ist.

Die ersten Tage des Januar 1906 brachten uns neben der einzigen Kälte des ganzen Winters aus unseren Kolonien erfreuliche Nachrichten. In Ostafrika war der Aufstand im Ersten, nur kleinere Räuberbanden stritten dort ein gefährliches Dasein. In Südwafrika waren alle unsere ernsthaften Gegner bis auf Morenga besiegt und von einzelnen Räuber- und Diebessharen abgeschlagen, gab es nur noch im äußersten Süden unserer Kolonien ernsthafte Kämpfe. Es gelang den unsichtigen Maßnahmen des altverdienten Majors v. Etterhoff Morenga, der sich fortgesetzt bei Hartdebestmunt am Oranje hielt, in weltem Bogen zu umstellen und den Ring allmählich immer enger um ihn zu ziehen, so daß Morenga seine Schreden zu verlieren begann. Dafür drohte in Südafrika ein eine Ehebung. Die ersten aus englischer Weise veröffentlichten Nachrichten erwiesen sich aber bald größtenteils als unwahr und wurden später durch die anderen über den Gouverneur v. Pottkamer und seine famose Cousine in Umlauf gelangenden Nachrichten an die Wand gedrückt. In zweiter Linie brachten die ersten Tage des Januar die vor dem Zusammentreffen der Algeciras-Konferenz so wichtige Darstellung der Sachlage in Marokko durch das am 8. Januar veröffentlichte deutsche Weißbuch, welches das fast gleichzeitig erscheinende französische Weißbuch nicht nur in einzelnen Punkten ergänzte, sondern auch vielfach direkt berichtigte. Es knüpfte sich daher an dieses Weißbuch eine neue Drehscheibe an, die sich indessen hüben wie drüben der Vogesen in mähvollen Grenzen hielt. Unsere Vetter

jenseits des Kanals, seit kurzem die intimsten Freunde unseres westlichen Nachbars, waren diesmal durch die Wahlkampagne im eigenen Lande zu sehr in Anspruch genommen, um noch einiges Del in das glimmende Feuer ziehen zu können. Am 8. Januar war das englische Parlament aufgelöst worden.

Campbell-Bannerman, der neue liberale Premierminister, hatte seinen Wahlaufruf erlassen und sich für Freihandel und wirtschaftliche sowie soziale Reformen ausgesprochen. Im gegenüberliegenden Lager faßten sich die um Ballou und die um den alternativen Chamberlain um die Frage, wer der Führer im Streit sein sollte. Kurz, alles Interesse Englands war durch innere Fragen absorbiert. Russland war durch die Revolution, den blutigen Eisenbahnkrawall in Moskau, der erst binnen etwa einer Woche niedergeworfen werden konnte, sowie durch die Auseinandersetzung der Erhebung in den Ostseeprovinzen so sehr mit Bruch belegt, daß sogar der Wechsel unseres Botschafters — der bisherige Botschafter in Kopenhagen, Herr v. Schoen, zog an Alvensleben Stelle in das Botschaftspalais an der Reval — fast unbemerkt von der Desseßlichkeit erfolgte. Österreich hatte seine Interessen bei der Durchführung der Wahlreform zu betätigen, für deren Zustandekommen Fr. v. Gauthier zunächst vergeblich mit den Führern der Parteien des Reichstages sich ins Benehmen zu setzen suchte. In Ungarn lag das Kabinett Fejérvary in aussichtlosem Kampfe mit der Koalition, die seinen für Debreczin neu ernannten Obergespann halbstot geschlagen noch eben mit dem Leben davongehieben ließ.

Und in Italien schließlich hatte das neue Jahr eine Ministerkrise gebracht, indem das Ministerium Fortis nach kaum neunmonatigem Bestande eine Umgestaltung erfahren mußte. Letzter mußte bei dieser Aenderung auch der Minister des Innern, Deutschlands warmer Freund, Tittoni, gehen